

Dresdner Neueste Nachrichten

Anabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für die Zeit vom 16. bis 29. 2. 1.20 G. Mark
bei freier Zustellung durch Post
monatlich 6 Mk. 15. Kreuzabhebungen: im Inlande wöchentlich
1 Goldmark, nach dem Einzelnnummer 15 G. Pfennig
Auslande 1.25 Goldmark.

Eigenpreis: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.30,
für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland
Goldmark 0.50. Die Halbspaltzeile 0.15, für das Ausland
Goldmark 0.20. Die Dreispaltzeile für Buchstaben
kosten beträgt Goldmark 0.10. — Für Einschaltung an bestimmten
Tagen und Plätzen kann eine Sonder nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postfachkonto: Dresden Nr. 2060

Nr. 40 Sonnabend, 16. Februar 1924 XXXII. Jahrg.

Bedeutliche Folgen des Flaggen-Zwischenfalles

Die deutsche Botschaft boykottiert

Auffehererregende Erklärungen Herrn v. Wiegands

B. Berlin, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht) Herr v. Wiegand, der bekannte Berliner Vertreter der Reichspresse, hat sich in New-York, wo er in den letzten Tagen eingetroffen ist, über den Flaggen-Zwischenfall wie folgt geäußert:

Die Boykottierung des amerikanischen Publikums gegenüber dem amerikanischen Publikum ist vom amerikanischen Publikum gänzlich angenommen worden. Der Herr Wiegand, den sie hervorgerufen hat, ist leider durch den Flaggen-Zwischenfall sehr bedrückt worden. Ich bin geradezu erstaunt über die Art dieser Erklärung, die die Angelegenheit hervorgerufen hat. Von allen Seiten habe ich, daß die Arbeit dieser Woche für die Wiederherstellung der Beziehungen der gegenseitigen Beziehungen zwischen uns nicht zu erwarten ist. Ich habe den Eindruck, daß der Botschafter Wiedefeld und die Angehörigen der deutschen Botschaft in Washington boykottiert werden. Eine Boykottierung, die ich nicht annehmen kann, aber die mit der Lage vollkommen vertraut ist, hat mir gesagt, ob der Botschafter nun verantwortlich sei oder nicht, ist für mich nicht wichtig. Ich bin geradezu erstaunt über die Art dieser Erklärung, die die Angelegenheit hervorgerufen hat. Von allen Seiten habe ich, daß die Arbeit dieser Woche für die Wiederherstellung der Beziehungen der gegenseitigen Beziehungen zwischen uns nicht zu erwarten ist. Ich habe den Eindruck, daß der Botschafter Wiedefeld und die Angehörigen der deutschen Botschaft in Washington boykottiert werden. Eine Boykottierung, die ich nicht annehmen kann, aber die mit der Lage vollkommen vertraut ist, hat mir gesagt, ob der Botschafter nun verantwortlich sei oder nicht, ist für mich nicht wichtig.

bestreiten sein, daß der Zwischenfall und vielleicht auch mancher allzu temperamentvolle Retorik Wilsons jenseits des großen Wassers arge Verstimnungen angebracht hat. Auf die hat in auch der Fehler des amerikanischen Hilfsmerks, General Allen, in seinem gestern veröffentlichten Telegramm an den Reichspräsidenten hingewiesen. Auf alle Fälle: Wenn der Schaden dadurch einigermaßen repariert werden könnte, daß man Herrn Wiedefeld abberuft, sollte man nicht säumen, um so weniger, als Dr. Wiedefeld mehrfach selber den Wunsch geäußert hat, in seine Stellung in der Direktion der Krupp-Werke zurückzukehren.

Der Bericht untes Berliner Vertreters behauptet, daß unter wesentlichen Voraussetzungen nach Bekanntwerden des Zwischenfalles sich leider nur zu rasch bekümmert haben. Es gab Leute und auch Zeitungen, die sich, nachdem am Begründungstage doch noch die Dinge auf halbem Wege standen war, ängstlich bemühten, den Zwischenfall als „verleitet“ hinzustellen. Man solle doch den Tatsachen ins Gesicht. Es müßte ja doch nicht, sich um sie herumzudrehen, mögen sie noch so unerwünscht sein. Und man steht nicht gerade unter dem Eindruck, daß Dr. Wiedefeld etwa noch die auf ihn geübten Hoffnungen erfüllt hat. Als Diplomat jedenfalls nicht. Denn es hat auch in anderen, nicht öffentlich erklärten Fällen sich nicht gerade besondere Beliebtheit im diplomatischen Corps erworben. Jedenfalls steht fest: Infolge des völligen Versagens des deutschen Botschafters in Washington hat der alte Wilson noch einmal einen großen Sieg über das deutsche Volk davongetragen, indem er erneut eine Kluft zwischen Amerika und Deutschland aufriß, und vom deutschen Volk bezahle und unterhalten Beamte haben ihm dabei unwillkürlich Hülfsdienste geleistet. Es ist wirklich schwer, seine Saiten zu schreiben.

Ein gefährliches Experiment

Zur Aufhebung des Ausnahmezustandes — Große Bedenken der sächsischen Regierung

Berlin, 15. Februar

Die (im größten Teil unter acurigen Aufsicht bereits entfaltete) Ankündigung, daß der Ausnahmezustand schon am 1. März ein Ende haben soll, hat auch in den eigentlichen politischen Kreisen eine neue Ueberrassungen gewirkt. Noch vor kurzem — wir haben selbsterklärend darüber berichtet — konnte man es anders hören, wurde einem berichtet, daß zwar die Sachbewegung von dem militärischen Ausnahmezustand nicht befreit werden solle, man aber doch vor habe, bis etwa 6 Wochen vor den Reichstagswahlen ihn aufrechtzuerhalten.

In den Blättern der Reichswehr wird deshalb auch die Vermutung ausgesprochen, es handle sich hier um eine Art „Ruhhandel“. Die Regierung wünsche ein neues Ermächtigungsgesetz und um für eine solche Aktion die Sozialdemokratie gänzlich zu gewinnen, habe sie für ein Opfer gebracht und auf den Ausnahmezustand früher verzichtet, als ursprünglich von ihr beabsichtigt gewesen sei. Wir glauben nicht, daß diese Deutung zutrifft. Vielmehr möchten wir annehmen, daß General Seeckt selber müde geworden ist. Er hat wohl das Gefühl, nachher, nachher der Vermehrung und Anarchie, die — nicht nur aus sozialdemokratischen Kreisen — auf die Reichswehr niederprasselten, auch von den derzeitigen Regierungsparteien nicht aencklich unterstützt zu werden. Und so hat er es vorgezogen, die Reichswehr zunächst einmal aus der Gefährdung juristisch zu ziehen, in welchem Einfluß ihm vielleicht auch Beobachtungen bedürft haben mögen, die er neuerdings im Kreise des Kabinetts gemacht zu haben glaubt.

Wer gemohnt ist, die staatlichen Dinge unbefangenen und ohne Bindung an Dogmen und vorgefasste Theorien zu betrachten, wird sicherlich im Zweifel sein dürfen, ob es sich bei dieser Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes um ein nicht ungeschickliches Experiment handelt. In Stuttgart, in Weimar, in Essen ist es erst gestern zu schmerzlichen Zusammenstößen gekommen. In Stuttgart hat es sogar Tote und Verwundete gegeben; in Essen hat man Handgranaten, Sprengstoffe und Pistolen den als Erwerbslose markierten Kommunisten abgenommen.

Ob man unter solchen Umständen die Staatsautorität schon als „ausreichend gestärkt“ ansehen kann, ist eine Frage, die, je nach Temperament und parteipolitischer Einstellung, wohl sehr verschieden beurteilt werden wird. Sicher ist leider, daß unsere Verhältnisse immer noch labil sind und von mehr als einem Zentrum her gegen das Gleichmaß von Ruhe und Ordnung, das identisch ist mit der allgemeinen Bürgerfreiheit, gerichtet wird. Es ist darum verständlich, daß der Reichskanzler sich nicht mit der negativen Aktion, eben der Aufhebung des Ausnahmezustandes, begnügen möchte und, wie der Wollfische Drab mitgeteilt hat, Schritte eingeleitet hat, ihr eine positive folgen zu lassen. Die beteiligten Reichsminister sollen prüfen, in welcher Weise durch besondere Maßnahmen unheimliche Bewegungen in Zukunft wirksam entgegenzutreten ist. Doch heißt doch wohl, daß man für den erlöschenden Ausnahmezustand noch einen Ersatz sucht. Bemerkt zugleich, daß man in den Kreisen der verantwortlichen Regierung diese Dinge nicht mit leichtfertiger Optimismus hinzunehmen geneigt ist.

Die Sozialdemokratie ist übrigens auch durch die Ankündigung der Aufhebung des Ausnahme-

zustandes nicht befreit. Der „Vorwärts“ erklart vielmehr, die Aufhebung hätte sofort erfolgen müssen. Das „Berliner Tageblatt“, das das Problem vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Abhebung der Verfreiheit steht (auf dem Gebiet hat es allerdings ein paar böse Mißratte gegeben), spricht seine lebhafteste Bewunderung aus. „Übermannia“ und „Zeit“ (also die Organe der beiden anderen Regierungsparteien) loben den Entschluß zur Aufhebung des Ausnahmezustandes, die „Zeit“ freilich nicht ohne gewisse Bedenken.

Die sächsische Regierung gegen die Aufhebung

Von der Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Neuerdings wird vielfach die Frage aufgeworfen, was die sächsische Regierung bisher für die Beilegung des Ausnahmezustandes getan habe und ob sie einen Erfolg in dieser Richtung zu hoffen könne. Die Regierung hat sich in dieser Beziehung nach Kräften bemüht; es müßte aber leider darauf hingewiesen werden, daß eine ganze Reihe von Vorfällen in der letzten Zeit ihrer Arbeit in dieser Richtung große Schwierigkeiten bereitet hat. Das sind die ständigen Zusammenstöße kommunistischer Erwerbsloser im Bezirk Rueschewitz mit der Landespolizei, die Sprengstoffattentate in Döbeln und Chemnitz, der Anschlag auf eine Telephonanlage bei Plauen, die Schießereien und Waffensuche bei Pölkau-Lengsfeld und die Ausschreitungen bei der Aufführung des Tollerischen Dramas „Hansmann“ in Dresden. Auch die Aufhebung neuer kommunistischer Versammlungen für Mitte März wirken in derselben Richtung. So hat man von rechts und links immer wieder für die Beilegung einzelner Stellen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes hinauszuschieben, neues Beweismaterial geliefert. Die „Leipziger Volkszeitung“ macht dieser Tage behaupten, daß von den Kommunisten der Reaktion täglich neues Material geliefert wird, um den Ausnahmezustand weiter aufrechtzuerhalten zu können. Und die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt am 13. Februar: „Diejenigen Kreise, die den Ausnahmezustand am liebsten verlängern möchten, werden sich über die Verordnungen in Pölkau freuen. Ihnen wird dadurch höchst willkommenes Material geliefert.“ Es ist also leider nicht zureichend, wenn auf der einen Seite wieder behauptet wird, daß gar kein Material vorliegt, den Ausnahmezustand in Sachsen weiter aufrechtzuerhalten.

Diese Erklärung der sächsischen Regierung wurde vor Bekanntwerden der Entscheidung des Reichs, die den Ausnahmezustand vom 1. März an aufhebt, abgegeben. Man dürfte in sächsischen Regierungskreisen also nicht weniger als überall sonst von dem plötzlichen Entschlusse der Berliner verantwortlichen Stellen überrascht worden sein. Der Erklärung kommt um so größere Bedeutung zu, als die Mehrheit des sächsischen Kabinetts aus Sozialisten besteht und gerade der für den Ausnahmezustand wichtigste Posten, das Innenministerium, in sozialdemokratischen Händen liegt. Die Stellungnahme der sächsischen Regierung macht den plötzlichen Entschlusse des Reichspräsidenten noch unverständlicher. Man darf gespannt sein, was man in Berlin dazu zu sagen hat, daß die Dresdner verantwortlichen Stellen zur Zeit eine Aufhebung des Ausnahmezustandes noch nicht für gekommen erachten. Mit der Beurteilung der Lage durch die sächsische Regierung dürfte jeder Streitigkeiten, der die Verhältnisse in Sachsen kennt, übereinstimmen.

Auf schiefer Bahn

Ein Interview Ramsay MacDonalds — Die Höhle des Löwen

Paris, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht)

Der Londoner Berichterstatter des „Rein“ macht Angaben über eine einflussreiche Unterredung, die ihm Ramsay MacDonald vorsetzen unter Leitung in den Räumen des Foreign Office gewährt wurde. MacDonald erklärte etwa folgendes: Die öffentliche Meinung Frankreichs ist mit in einer vertrauensvollen Weise entgegengekommen, die mich tief überrascht hat. Ich bin der Ansicht, daß dies wesentlich dazu beigetragen hat, herrschende Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen. Was die Einberufung eines internationalen Wiederaufbaukongresses anlangt, so habe ich nie eine Verpflichtung dazu übernommen. Die Aufgabe, die man schon seit langem zu diesem Zwecke überreicht, sind ausgedehnt, sind aber zu allgemein. Ihre Lösung haben meinen Segen, und ich wünsche ihnen viel Glück. Meine Methode ist jedoch eine andere. Eine Konferenz muß nach meiner Auffassung den Verhandlungen und nicht den Anfang eines Kapitels darstellen. Ich wünsche zunächst, daß sich zwischen unsern beiden Ländern und Regierungen ein absolut lokaler Meinungsaustrausch auf dem förmlichen diplomatischen Wege, das heißt durch Vermittlung der in London und Paris beurlaubten Botschafter entspinnt. Abgesehen von dieser Meinungsaustrausch auch auf schriftlichem Wege erfolgen.

Nach dieser Verbeugung vor den Methoden Poincarés hat MacDonald fort, er wünsche nicht, daß seine Reden durch zusammenhanglose Reden aus seinen Unterredungen beurteilt werden. Seine Taktik besteht darin, daß er sich gerade auf das Ziel konzentriert. Er ist nicht für Angriffe in den Medien und in die Öffentlichkeit zu räumen. Er sei lediglich von dem ausdrücklichen Wunsch nach einer Lösung der europäischen Probleme im Einklang mit Frankreich erfüllt. Diese Lösung werde er durchzuführen, auch wenn ein anderes Mitglied der Regierung in das Foreign Office einträte.

In letzterem, beinahe religiösem Tone sprach MacDonald folgendes: „Wenn ich mir diese obenstehenden Aufgaben gestellt habe, so kam es daher, daß ich ein Ideal besitze. Ich bin kein Idealist geworden. Was hat es nicht nach dem Amt geleistet, Selbstungen habe ich auch keine. Wenn ich daher mich zu den Übernahmen der Regierungsgeschäfte bereitwillig, so geschah es, weil ich den Gläubigen besitze, daß die Verantwortlichkeit nur mit Hilfe des Friedens vorzunehmen kann. Ich glaube an die Möglichkeit des Friedens und Fortschritts. Ich glaube außerdem, daß wir uns diesem Ziele wieder werden, die wir in Generationen besser und glücklicher leben werden.“

Der französische Korrespondent wachte ein, daß ein Interview nur durch den guten Willen aller auszubringen könne, und der solle zur Zeit noch in Deutschland. (Darauf sagte MacDonald: „Ich habe auch die gleiche Bestimmung gemacht, als ich mich zum ersten Mal nach dem Krieg nach Deutschland begab. In dem Maße, wie sich die demokratische Welt weiter vorangeht, mußte aber schließlich, daß sie immer mühsamer werden und durch die nationalpolitischen Elemente verhindert werden. Ich glaube aber, daß wir einen großen Teil der Verantwortung dafür tragen und nicht immer die besten Methoden ergriffen haben, um diese moralischen Stützen des deutschen Volkes, die heute vollkommen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind, zur geeigneten Zeit zu stärken. Was die imperialistischen Ideen und Behauptungen der deutschen „Rein“ anlangt, so können sie aus dem deutschen Volk ausgerottet werden. Wenn das Schicksal Deutschlands meinem Vaterlande gegenüber wäre, so hätte ich die Niederlage verstanden, dann aber die Schamerleistungen durch Erfüllung meiner neuen Pflichten in loyaler Weise übernommen. Wir müssen auf jeden Fall sowohl auf moralischen, wirtschaftlichen und politischen Gebieten zusammenarbeiten, um das Uebel aus Europa zu vertreiben.“

Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß dieses Interview in der Pariser Redaktion des „Rein“, die in diesen Dingen ziemlich skeptisch zu sein pflegt, etwas „nachträglich“ worden ist und daß MacDonald in Wirklichkeit etwas weniger frankophil gesprochen ist. Es ist ferner auch anzunehmen, daß der Premier sich durch taktische Erwägungen dazu bestimmen ließ, im — wir wollen einmal sagen: Jargon der Pariser Presse von Deutschland zu sprechen. Trotzdem wird man in Deutschland von diesen Erklärungen Ramsay MacDonalds peinlich enttäuscht sein. Wir sehen dabei ganz ab von den ziemlich oberflächlichen und trivialen Äußerungen über „Frieden und Fortschritt“, die in bemerkenswerter Weise von dem reichlichen Schwung seiner Rede in der Äberralle abwichen und recht annehmbar an gewisse Sentimentalitäten Wilsons erinnern. Viel bedeutender ist seine tiefe Verbeugung vor den Methoden der Weimardiplomatie Poincarés. Hier betrifft Ramsay MacDonald eine sehr bedeutende Sache. Qui mango du Pape, on meurt. Wer sich in Gefahr befincht, kommt darin um. Der präsidentenamtliche Professor Wilson mußte dies in Paris erfahren, als er Clemenceau auf das Gebiet der europäischen Weimardiplomatie folgte. Wird Ramsay MacDonald das gleiche Schicksal erleiden? Oder nimmt er wirklich an, auf diesem Reichtum

Unaufhaltbar bergab

Der Niedergang des französischen Franken

Paris, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Die Pariser Zeitungen veröffentlichen seit einiger Zeit den Wertverlauf des Franken von Stunde zu Stunde. Die heutige Notierung verzeichnet zu werden: 9 Uhr: das Pfund 96, der Dollar 22,88 Franken; 10 Uhr: das Pfund 97, der Dollar 22,95 Franken; 11 Uhr: das Pfund 97,90, der Dollar 22,90; 12 Uhr: 95,22 bzw. 22,90; 1 Uhr: 95, der Dollar 22,88 Franken. Der schwarze Tag des 14. Januar ist durch einen neuen Rekord geschlagen.

Granzenschiebung für Separatisten in Dürckheim

Dürckheim, 14. Februar. Gestern abend fanden Anweisungen vor dem separatistischen Bürgermeisterrat statt, in dem sich bewaffnete Gendarmen und zwei separatistische Beamte befanden. Die Bevölkerung drang in das Gebäude ein. Ein Teil der Besatzung wurde teils durch Schüsse, teils durch Prügel schwer verletzt und in den Hof des Amtsgeländes verschleppt. Mehrere Personen, darunter der Bezirkskommissar Jäger, wurden ins Krankenhaus gebracht. Zum Schutze des Bezirksamtes, in dem sich die französische Delegation befindet, traf französische Militär in Stärke von etwa 40 Mann ein. Die deutsche Polizei erhielt von der französischen Delegation die Weisung, die Läden bei den erwähnten Vorfällen zu ermitteln, andererseits sei die Verhaftung von Beamten zu ermöglichen.

Gepp Dertter Nationalsozialist

B. Berlin, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Gepp Dertter, der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Braunschweig und noch früherer Anarchist, ist, wie die „Völkische Zeitung“ behauptet, neuerdings bei den Nationalsozialisten gelandet und hat den nächsten Wahlsitz als Kandidat der Braunschweiger Nationalsozialisten im Reichstag angetreten.

Dr. 39
Berliner
Lettinger
Hampton
und über
Helmsreise
Berthran
erheilung
Palast
Mann
Konzert
Zschornitz
Paradies-Ball
rich
anos